

6. Synergien beim Software-Einsatz im Kanton Zürich nutzen

Antrag des Regierungsrates vom 15. September 2021 zum Postulat KR-Nr. 65/2019 und geänderter Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 10. Juni 2022

Vorlage 5758a

Ratspräsidentin Esther Guyer: Die Kommissionsmehrheit stellt einen Abschreibungsantrag ohne abweichende Stellungnahme. Es liegt aber ein Minderheitsantrag von Sibylle Marti und Mitunterzeichnenden auf Abschreibung mit abweichender Stellungnahme vor.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Präsident der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK): Die Kommission für Staat und Gemeinden beantragt Ihnen, das Postulat betreffend «Synergien beim Software-Einsatz im Kanton Zürich nutzen» als erledigt abzuschreiben. Mit dem Vorstoss hat der ursprüngliche Postulant Simon Schlauri (*Altkantonsrat*) im Februar 2019 verlangt, dass der Regierungsrat verschiedene Massnahmen im Zusammenhang mit Open-Source-Software ergreift. Entsprechend legte der Regierungsrat dem Kantonsrat im September 2021 einen Bericht vor und nahm zu den verschiedenen Themen Stellung. Diesen Ausführungen des Regierungsrates kann entnommen werden, dass Open-Source-Software, kurz OSS, durchaus ein Thema beim Kanton sei und gar einen grossen Stellenwert einnehme. Gleichzeitig wird im Bericht aber auch darauf hingewiesen, dass der Kanton bei seinen Software-Entscheiden, wie in anderen Bereichen auch, gemäss den Vorgaben des Beschaffungsrechts vorzugehen habe. Eine spezifische OSS-Strategie bestehe zwar nicht für den Kanton Zürich, allerdings berücksichtige das Amt für Informatik (*AFI*) dieses Thema im Zusammenhang mit der Umsetzung der IKT-Strategie (*Strategie zu Informations- und Kommunikationstechnologien*). Die STGK stellte dabei fest, dass die Regierung gemäss den Ausführungen in der Kommission durchaus bereit scheint, im Bereich OSS auch weitere Schritte anzugehen. Deshalb beantragt Ihnen die Kommissionsmehrheit, das Postulat abzuschreiben.

Eine Minderheit möchte zwar ebenfalls die Abschreibung. Da sie die Ausführung der Regierung aber als nicht zufriedenstellend empfunden hat, beantragt sie hingegen, eine abweichende Stellungnahme abzugeben.

Im Namen der Kommissionsmehrheit beantrage ich Ihnen, der mit der Vorlage betreffend «Synergien beim Software-Einsatz im Kanton Zürich nutzen» beantragten Abschreibung des Postulats zuzustimmen. Besten Dank.

Minderheitsantrag Sibylle Marti (in Vertretung von Nicola Yuste), Isabel Bartal, Urs Dietschi, Sonja Gehrig, Karin Joss, Davide Loss (in Vertretung von Michèle Dünki-Bättig), Thomas Schweizer (in Vertretung von Silvia Rigoni):
II. Es wird folgende vom Bericht des Regierungsrates abweichende Stellungnahme abgegeben.

III. Mitteilung an den Regierungsrat.

Abweichende Stellungnahme

Die Forderungen des Postulates wurden nicht vollständig erfüllt. Insbesondere auf die geforderten Massnahmen 3. und 4. wird in der Vorlage 5758 kaum eingegangen.

Darum fordern wir weiterhin:

3. Bei jedem neuen Informatikprojekt haben die Verantwortlichen aufzuzeigen, welche Open-Source-Alternativen bei der Beschaffung geprüft wurden. Wenn keine solche Alternative eingeplant ist, muss dies begründet werden.

4. Bei jeder neuen oder zu überarbeitenden Fachanwendung ist entweder eine Freigabe unter einer Open-Source-Lizenz vorzusehen oder es ist aufzuzeigen, warum diese nicht als Open Source freigegeben wird.

Als Schlagwort fordern wir, dass der Regierungsrat dem folgenden Motto nachlebt: «Public Money – Public Code». Wenn also die öffentliche Hand Geld für Programmierung in die Hand nimmt, dann ist dieser Code der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Wir bedauern, dass in der Postulatsantwort des Regierungsrates das Potential der Synergien von öffentlichem Code für die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen keine Beachtung erlangt.

Auch die Zusammenarbeit des Kantons mit den Gemeinden kann durch öffentlichen Code verbessert werden. Beispielsweise soll der Kanton in seinen Programmen öffentliche Schnittstellen (API) anbieten und so den Datenaustausch erleichtern. Dazu muss der Kanton die Beratung der Gemeinden verbessern.

Wir fordern, dass diese Ziele in der zukünftigen Strategie der kantonalen Verwaltung zu Open Source berücksichtigt werden.

Felix Hoesch (SP, Zürich): Wir bedanken uns brav für den Bericht zum Postulat 65 /2019, welches die Regierung ja gerne entgegengenommen hatte, und niemand hier im Rat hatte dazu Diskussion verlangt. Aber wir bedanken uns nur ganz dezent brav, denn wir sind mit der Antwort nicht zufrieden.

In der Antwort ist in Kapitel 2, OSS im Kanton Zürich, eine hübsche und knappe Übersicht von Einsätzen von Open-Source-Software abgedruckt. Jegliche Ziele, geschweige denn Visionen, werden aber nicht genannt. Ausserdem sind die Forderungen 3 und 4 aus dem Postulat nicht beantwortet, geschweige denn umgesetzt. Im Punkt 3 fordern wir, dass Open Source konsequent die erste Wahl bei einer Softwarelösung ist. Dieses Bekenntnis ist in der regierungsrätlichen Antwort nicht zu finden. Ich höre sogar, dass genau in die andere Richtung gearbeitet wird. So lässt gemäss «Inside IT» vom 20. Juli 2022 der Kanton Zürich sein Intranet neu auf Basis von Microsoft 365 aufbauen. Ist das die Antwort auf Open Source first? Und zu Punkt 4 des Postulats steht eigentlich gar nichts in der Antwort. Die Regierung verweist auf fehlende übergeordnete rechtliche Rahmenbedingungen. Diese Ausrede gilt vielleicht in einem kleinen Kanton, aber der Kanton Zürich ist progressiv und stolz auf seine Rolle als Vorreiter der Digitalisierung. Da müssen wir auch diejenigen sein, die eigenentwickelte Fachanwendungen als Open

Source veröffentlichen und so unseren Gemeinden und auch den anderen Kantonen helfen. Und mit der Zeit entsteht so eine Gemeinschaft von öffentlichen Einrichtungen, die sich gegenseitig hilft. Der Kanton Zürich soll Vorreiter sein beim Grundsatz Public Money – Public Code.

In der STGK haben wir leider keine Bereitschaft der Verwaltung gehört, sich der Sache nochmals anzunehmen. Darum verlangen wir keinen Ergänzungsbericht, da dieser sowieso nicht mehr aussagen würde. Aber mit der abweichenden Stellungnahme fordern wir, dass wirklich gilt: Public Money – Public Code. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Erika Zahler (SVP, Boppelsen): Wie die SVP bereits bei der Überweisung erklärt hatte, ist die Stossrichtung dieses Postulates richtig, deshalb haben wir es ja auch am 30. September 2019 vorläufig unterstützt. In der Kommission für Staat und Gemeinden wurde mit den Anhörungen des Amtes für Informatik festgestellt, dass wir mit dem Anliegen, Synergien bei Software-Einsatz im Kanton Zürich neu zu nutzen, nicht vor verschlossenen Türen stehen. Es wurde in der Vergangenheit und wird auch in Zukunft diesem Anliegen Rechnung getragen. So findet bereits eine Zusammenarbeit mit Behörden und verschiedenen Stellen statt. Mit der Verpflichtung der Informationspflicht des AFI sehen wir eine konstruktive Art, auf dem Laufenden gehalten zu werden. Die STGK soll regelmässig über die IT-Projekte und deren Stand informiert werden, weshalb wir hier keinen weiteren Handlungsbedarf sehen. Die Ressourcen im AFI mit Ergänzungsberichten und abgeänderten Berichten zu belasten, dahinter kann die SVP/EDU-Fraktion nicht stehen. Mit immer mehr Zusatzaufgaben, die nicht wirklich nötig sind, belasten wir die Verwaltung und ihre Kraft und Manpower für wichtige Aufgaben, die sie dort nutzen könnte. Das AFI ist heute schon mit seinen vielfältigen Projekten gut ausgelastet und daher verzichten wir auf einen geänderten Bericht. Mit gezieltem Einsatz der Manpower kann sich das AFI dann auch der anstehenden IKT-Umsetzung widmen und diese vorantreiben. Das AFI hat der SVP/EDU-Fraktion einen zufriedenstellenden Bericht abgegeben und deshalb stehen wir für die Abschreibung ein.

Und wenn das jetzt mein letztes Votum gewesen ist in diesem Jahr, wünsche ich euch noch eine gute Sitzung und schöne Festtage.

Walter Meier (EVP, Uster): Das zentrale Anliegen der Postulanten ist: Das AFI soll im Informatikbereich vermehrt mit anderen Behörden im Rahmen von Open-Source-Projekten zusammenarbeiten. Im Bericht zeigt der Regierungsrat auf, dass das AFI in verschiedenen Bereichen gemäss dem Anliegen der Postulanten arbeitet, wobei klargestellt wird, dass die aufgeführten Beispiele nur eine Auswahl sind. Bei der Anhörung des AFI wurde klar, dass die Postulanten offene Türen einrennen und das AFI so arbeitet respektive arbeiten wird, wie dies von den Postulanten gefordert wird. Aus unserer Sicht braucht es keine abweichende Stellungnahme. Wir könnten aber auch damit gut leben.

Karin Joss (GLP, Dällikon): Das Postulat wurde seinerzeit vom grünliberalen heute Altkantonsrat Simon Schlauri eingereicht. Die GLP hat sich auf kantonaler wie auch auf Bundesebene in der Vergangenheit für Open-Source-Software ausgesprochen Public Money – Public Code, was vom Staat mit öffentlichen Geldern geschaffen wurde, soll auch öffentlich zur Verfügung stehen, gemeinsam genutzt und weiterentwickelt werden. Open-Source-Software ist vielerorts etabliert, nicht nur bei der öffentlichen Hand. Denken Sie an Linux, an Open Office, Content Management System und vieles mehr. Auch Branchenverbände der Wirtschaft, wie zum Beispiel die SWICO (*Wirtschaftsverband der ICT- und Online-Branche*), unterstützen die Forderung und Förderung von Open-Source-Software. Diese bietet grosse Chancen. Es ist eine Kultur, die die digitale Souveränität fördert und Abhängigkeiten von Herstellern vermindert. In diesem Sinne ist es eine nachhaltige Alternativen zu proprietärer Software.

Die Zusammenarbeit unter den Kantonen und die Zusammenarbeit des Kantons mit den Gemeinden haben viel Potenzial. Wir wollen, dass das genutzt wird: den eigenen Garten verlassen, ein Geben und Nehmen, das allen Beteiligten einen Nutzen bringt. Tempo, Kosten, Qualität, Lerneffekte – in allen diesen Bereichen sehen wir Mehrwert. Die Spiesse mögen in Obwalden, um heute nicht Appenzell zu nennen, vielleicht kürzer sein als in Zürich, das soll aber kein Hindernis sein. Auf die Forderung des Postulats wurde teilweise gar nicht oder unvollständig eingegangen. Der Bericht überzeugt uns nicht vollständig. Die Anhörung des AFI in der STGK hat da allerdings etwas nachgebessert. Die Grünliberalen wollen nicht ein bisschen Open-Source-Software, sondern sie wollen eine konsequente Open-Source-Software-Kultur und stimmen deshalb der abweichenden Stellungnahme zu. Ich danke Ihnen.

Urs Dietschi (Grüne, Lindau): Auch wir Grünen unterstützen die abweichende Stellungnahme, weil in der Antwort der Regierung nicht alle Punkte angesprochen oder nur angeschnitten wurden. Das Postulat hat eben Punkte drin, auf die kaum eingegangen wurde. Wir fordern, dass Open-Source-Alternativen als Ziel der zukünftigen Strategie der kantonalen Verwaltung Eingang findet, die Verwendung von Open-Source-Alternativen auch in Zusammenarbeit mit Gemeinden gefördert und mit anderen Kantonen gesucht wird. Eigenständige Entwicklung mit Open-Source-Alternativen hilft auch zu einer Unabhängigkeit, wie es auch schon erwähnt wurde, von Software-Lieferanten und wirkt längerfristig sicher dann auch kostensenkend auf Lizenzgebühren. Daher ist es zu empfehlen, dass der Kanton in diese Richtung weitergeht.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Auch die Alternative Liste bedankt sich für die Beantwortung dieses Postulates. Wir werden ebenfalls der abweichenden Stellungnahme zustimmen. Man muss aber auch sehen, dass Open Source ja grundsätzlich nicht überall möglich ist, aus verschiedenen Gründen: Teilweise ist das Angebot zu klein oder auch mit dem Funktionsumfang ergeben sich Probleme. Trotzdem ist in der Postulatsantwort beispielsweise, um dies auch bereits lobend

anzuführen, auch das Geoinformationssystem erwähnt beziehungsweise allgemein der Umgang mit Geo-Daten im Kanton, was ich hier nur bestätigen kann. Dass hier alles unter Open Source beziehungsweise Open Data gestellt wurde, ist durchaus vorbildhaft. Auch dies wurde vorher bereits angesprochen: Dieses Postulat zeigt uns auch auf, wo die Grenzen sind, die Grenzen, die durch Ausschreibungskriterien gesetzt werden, die vielfach nach wirtschaftlichen Prinzipien verlaufen, wirtschaftlichen Prinzipien, die den Zielen oder unseren Zielen, die wir politisch setzen, durchaus widersprechen können. Die Alternative List wird, wie schon gesagt, der abweichenden Stellungnahme zustimmen. Besten Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Das Wort aus dem Rat wird weiter nicht gewünscht. Der Finanzdirektor verzichtet.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Sibylle Marti gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 92 : 82 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 65/2019 ohne abweichende Stellungnahme abzuschreiben.

Das Geschäft ist erledigt.